



Kantonsratssitzung 7. Dezember 2020
Traktandum **Voranschlag 2021 / Genehmigung**
Geschäftsnummer 2000.172
Eintretensvotum **SP-Fraktion**
Fraktionssprecher Jens Weber, Trogen

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Landamman
Sehr geehrte Damen und Herren Kantons- und Regierungsräte

Bei einem negativen operativen Ergebnis von CHF 10.8 Mio sind die Finanzen definitiv aus dem Lot geraten. Die Corona-Krise – gesundheitlich, gesellschaftlich und wirtschaftlich – hat uns abrupt in eine Krise gestürzt. Die Frage ist nicht nur wie dieses und das nächste Jahr davon betroffen sein werden, sondern wo wir im Jahr 2024 stehen werden. Massgeblich für diese Beurteilung sind die laufende Rechnung 2020, der Voranschlag 2021 und der AFP 2022 – 2024.

Wo stehen wir heute?

Es zeigt sich schon jetzt deutlich, dass die Rechnung 2020 schlechter als der Voranschlag 2020 ausfallen wird.

Der Voranschlag 2021 wurde in einer Zeit und einem Szenario erstellt in dem die zweite Welle noch nicht Tatsache war – v.a. fiel die zweite Welle im ersten Oktober-Schub viel stärker aus als von den Behörden erwartet.

Und, im AFP wird grundsätzlich von einem eher wohlwollenden Szenario ausgegangen. Die Corona-Pandemie wird hier noch deutlichere Spuren hinterlassen.

Die SP Fraktion anerkennt, dass die Erstellung eines Voranschlages im Lichte der Corona-Pandemie mit grossen Unsicherheiten verbunden ist. Aus diesem Grund begrüsst die SP explizit das geplante Investitionsvolumen und die geringe, aber wichtige Erhöhung der Personalkosten für individuelle Lohnmassnahmen. Die Investitionen wirken in einer Krise konjunkturbelebend und mit individuellen Lohnmassnahmen können gezielt Sonderefforts in der Bewältigung der Corona-Krise honoriert werden.

Der Regierungsrat begegnet diesem massiven Fehlbetrag nur mit Massnahmen auf der Aufwandseite. Sachaufwände werden zusammengestrichen, dringend notwendiges Personal wird nicht eingestellt, Lohnmassnahmen werden auf ein Minimum zusammengestrichen. Und trotzdem ist das operative Ergebnis massiv negativ. Dass im Kontext dieser Entlastungen das 30%-Ziel der IPV-Bezüger fallen gelassen wird ist für die SP Fraktion nicht akzeptabel. Sie widerspricht sogar in hohem Mass dem Ziel des Regierungsprogramms, dass das verfügbare Einkommen der Bevölkerung – und zwar aller Bevölkerungsschichten – erhöht werden soll. Gespannt erwartet die SP Fraktion den Sozialbericht und die Schlussfolgerungen der Regierung aus den gewonnenen Erkenntnissen.

Dazu kommt, dass wir in den nächsten Jahren im Bereich des SVAR weitere negative Ergebnisse resultieren werden und die Wahrscheinlichkeit von finanzieller Unterstützung für stark betroffene Branchen im Voranschlag nicht aufgeführt sind. Es ist stossend, dass wir heute schon wissen, dass die Branchen Tourismus, Restauration und Kultur massiv betroffen sein werden und keine Mittel für deren Entlastung im Voranschlag eingestellt sind. IPV und Investitionen werden ja auch mit unsicheren Werten im Voranschlag eingestellt – diese Werte werden jeweils massiv unter- oder überschritten. Vor allem da der Bund Mittel zur Entlastung von diesen Branchen im Covid-Gesetz in Aussicht gestellt hat, wäre es angesagt **Mittel für Härtefälle im Voranschlag 2021 aufzunehmen. Die SP wird in der Detailberatung konkrete Anträge stellen.**

Im Regierungsbericht 2019 wurde schon festgestellt, dass die «Zitrone ausgespresst sei». Weitere Sparmassnahmen bei der Verwaltung führen demnach nicht zu einem «Gesundungs-Sparen», sondern zu einem Leistungsabbau. Es ist wichtig, dass der Spielraum vom Regierungsprogramm auf der Einnahmeseite sofort genutzt wird, um unsere Finanzen wenn nicht ins Lot zu bringen, dann doch in die richtige Richtung zu lenken und das Defizit nicht nur mit Schulden zu decken. **Es braucht dringend auch Massnahmen auf der Einnahmeseite. Die SP Fraktion wird in der Detailberatung den Antrag auf Steuerfuss-Erhöhung auf 3.4 Einheiten beantragen.**

Es zeigt sich wieder deutlich, dass die Steuerfusserhöhung auf 3.3 Einheit nicht verfrüht und absolut richtig war. Hätte der Kantonsrat diesen Schritt nicht gemacht, wäre die heutige Ausgangslage wesentlich schlechter. Grundsätzlich haben wir zwei Arten wie die Lasten von Krisen finanziell getragen werden können.

Steuern belasten unmittelbar diejenigen, die sich am Lastenausgleich beteiligen können. Schulden verteilen die finanzielle Last in unterschiedliche Perioden.

Beiden Möglichkeiten ist eigen, dass es beim Steuerfuss zwei Richtungen geben muss – hinauf und hinunter. Dass wir heute mit der aktuellen Schuldenlast konfrontiert sind ist ein klares Versagen, dass in besseren Jahren der Mut zu Steuererhöhungen bzw. der Mut die Steuern nicht auf einem höheren Niveau zu belassen, nicht vorhanden war.

Die SP hat die finanzpolitischen Ziele des Regierungsrates kritisiert und sieht sich heute in der Kritik bestätigt. Diese finanzpolitischen Ziele des Regierungsrates schränken die Möglichkeiten des Kantons unnötig ein.

Die SP ist für Eintreten und macht die Genehmigung des Voranschlages vom Ausgang der Beschlüsse im Rahmen der Detailberatung abhängig.

Jens Weber
Kantonsrat Trogen